

Haushaltsrede 2020

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
sehr geehrte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte,
sehr geehrte Amtsleiter und Mitarbeiter der Verwaltung,

mit dem Haushaltsplan 2020 legen wir Ihnen bereits den sechsten Haushalt nach dem neuen kommunalen Haushaltsrecht vor. Er macht verständlich, wofür wir das Geld unserer Bürger und Gewerbetreibenden einsetzen.

Die Einnahmen und Ausgaben sind keineswegs mit der Glaskugel bestimmt, sondern sorgfältig berechnet und geschätzt worden. Wir haben auch mit Hoffnung und Zuversicht nicht gespart, trotz eines stotternden Konjunkturmotors, trotz Unsicherheiten aus weltpolitischen Handelsstreitigkeiten und nicht restlos abschätzbaren Brexitrisiken. Klimaindex coronavirus. Wir hören in unsere Unternehmen hinein um die Stimmungslage noch besser einschätzen zu können.

Der Haushaltsplan darf kein Buch der unerfüllbaren Wünsche sein, sondern muss realistisch die Themen und Projekte abbilden, die gemacht werden sollen und die auch machbar sind. Natürlich gehört es zur Politik, dass jedes Mitglied des Gemeinderates eigene Vorstellungen von dem hat und auch haben darf, was das Beste für die Gemeinde ist.

In unserem Land und auch in Baden-Württemberg gibt es Entwicklungen, die nachdenklich stimmen müssen. Von Steuereinbrüchen, Haushaltssperren und negativen Ergebnishaushalten ist vielfach die Rede, auch in unmittelbarer Nachbarschaft, auch bei uns in Eberdingen. Auch letzteres trifft uns in Eberdingen.

Wir leben bzw. arbeiten in einer dynamischen Region, in der 30 % der Wirtschaftskraft von Baden-Württemberg stecken, in einem prosperierenden Landkreis und in einer Wohlfühlgemeinde, die fleissige Einwohner und innovative und wettbewerbsfähige Unternehmen hat. Die Hinweise und Wasserstandsmeldungen der Unternehmen müssen ernst genommen werden. Schliesslich ist die Wirtschaft das Schwungrad für Lebensqualität, Wohlstand, sozialen Frieden und eine gute Infrastruktur. Deshalb müssen wir es in Eberdingen hinbekommen, dass wir den Unternehmen die kommunalen Rahmenbedingungen bieten, die wir gestalten können und die Betriebe brauchen um erfolgreich wirtschaften zu können. Das macht unsere Gemeinde zu einem begehrten Ort zum Leben und Arbeiten.

Nicht ohne Grund sind Immobilien und Bauplätze in Eberdingen begehrt. Die Identifikation, das Gefühl in der Einwohnerschaft, dass Eberdingen „meine Gemeinde“ ist, ist hoch. Ich lese das an den enorm vielen ehrenamtlich Tätigen ab, die sich in den Vereinen, Organisationen und Kirchen einbringen und damit der Kitt unserer Gesellschaft sind.

Dennoch. Wir haben ein Einnahmeproblem, weil wir zu wenige Einwohner und Unternehmen haben. Wir benötigen mehr Einwohner und auf Dauer weitere Unternehmen, die über Einkommensteueranteile, Gewerbesteuer und Grundsteuer Geld in die Kasse bringen, damit wir unseren Ausgabeverpflichtungen nachkommen können. Die Gewerbesteuer stagniert seit Jahren auf

einem viel zu geringen Niveau. Die Gewerbegebietsplanung in Hochdorf führen wir 2020 bis zum Zielabweichungsverfahren fort. Die Einkommensteueranteile, hohes Haus, waren schon einmal, gemessen an der auf uns entfallende Schlüsselzahl um 10 % höher. Hätten wir diese Schlüsselzahl, wie vor 10 Jahren noch, hätten wir 2020 ca. 500.000 € mehr Einkommensteuer und einen Ergebnishaushalt bei plus/minus 0.

Und dieses Ergebnis benötigen wir mindestens, um das Minimalziel zu erreichen. Wir verfehlen es um 525.000 €. Wir können dies derzeit ausgleichen, aber auf Dauer nicht.

Nach der Steuerkraftstatistik belegen wir im Landkreis bei 39 Kreiskommunen den 24. Platz und zahlen deshalb fast 2,4 Millionen Euro an den Landkreis. Über 2,2 Millionen gehen an das Land über die Finanzausgleichsumlage.

Die Gründe für die wirtschaftliche Lage der Gemeinde kennen Sie, denn Sie haben sich mit dem Zahlenwerk auseinandergesetzt.

Wir müssen Eberdingen als Lebensort weiterentwickeln. Eine friedliche Gemeinde in schöner Natur ist natürlich schon ein Wert an sich. Aber wer Neubürger gewinnen und attraktive Arbeitsplätze halten oder gar ansiedeln möchte, muss mehr bieten als Kitas und eine Grundschule. Es muss mehr geboten werden als eine saubere Umwelt und Breitbandanbindung. Danach streben alle Kommunen. Das macht uns beliebig. Das sind Pflichtaufgaben wie die Feuerwehr.

Die aktuelle Situation der Gemeinde hinterfragen wir ständig. Unsere Stärken und unsere Schwächen kennen wir. Kommunal e Zusammenarbeit und damit das Nutzen von Einsparpotentialen pflegen wir schon seit Jahrzehnten im Abwasserbereich, bei der Wasserversorgung und der Jugendmusikschule. Kirchturmdenken ist uns fremd.

Doch die immer höheren Anforderungen sind per Gesetz vorgegeben. Ich darf das an einem Beispiel kommunaler Daseinsvorsorge erläutern. Der Abwasserbeseitigung. Die Eigenkontrollverordnung verpflichtet uns zur ständigen und teuren Kanalsanierung. Ausserdem hat der Gesetzgeber strengere Auflagen für die Abwasserreinigung erlassen. Er verlangt jetzt, dass die Grenzwerte für Phosphor nahezu halbiert und Spurenstoffe wie Arzneimittelrückstände eliminiert werden. Filter und eine vierte Reinigungsstufe kosten Geld. Während der Nutzer, sprich Einwohner, über Beiträge und Gebühren beteiligt werden kann, ist dies in anderen Bereichen nur bedingt so.

Ich spreche von der Bildungspolitik. Ich spreche von unseren Kindergärten an 6 Standorten, unserer Grundschule an 2 Standorten und unserer flächendeckend verlässlichen Grundschule .

All dies ist uns gleichermassen lieb und teuer. Denn für die Grundschule gibt es keinen Sachkostenbeitrag vom Land und die Eltern können und wollen wir nur angemessen für den Kindergartenbesuch ihrer Kinder beteiligen. Ein wesentlicher Teil unseres Einnahmenproblems. Und die gesetzlichen Vorgaben steigen weiter.

Was bleibt sind höhere Kosten, denen die Einnahmen nicht folgen können. Es sei denn diejenigen, die Einnahmen bringen, werden mehr. Also mehr Einwohner. Aber das macht nur Sinn, wenn dieses Wachstum nicht überproportional höhere Ausgaben zeitigt. Wiederum spürbar in den Kindergärten und der Schule, aber nicht nur dort, sondern quer durch den Haushalt.

Mehr Einwohner bedeuten mehr Wasser, insbesondere zu Spitzenzeiten (Problem wie Autobahn), mehr Schutzfracht, Rückhaltebecken, Personal und vieles mehr.

Seit Jahren schon schaffen wir diesen Spagat. Die einzelnen kostenrechnenden Einrichtungen und Bereiche arbeiten dann wirtschaftlich und effizient, wenn man nahe am Optimum fährt; also bei nahezu Vollauslastung.

Deshalb sind mehr Bürger dann sinnvoll, wenn diese, die Infrastruktur, die dafür geschaffen werden muss, auch finanzieren können und einen Deckungsbeitrag leisten können zur vorhandenen Infrastruktur und alles unter den Grundsätzen der Nachhaltigkeit und der Generationengerechtigkeit.

Wie also mehr Einwohner gewinnen? Den Gedanken der Nachverdichtung geben wir keineswegs auf. Weil wir mit der Innenentwicklung aber naturgemäss an Grenzen stossen hat der Gemeinderat Ende des vergangenen Jahres gleich vier Baugebiete, jeweils eines in Eberdingen und Nussdorf und zwei in Hochdorf auf den bauleitplanerischen Weg gebracht. Und das Ganze soll schnell umgesetzt werden mit dem einschlägigen Paragraphen 13 b des Baugesetzbuches. Dieses Vorgehen steht im Einklang mit dem Gemeindeentwicklungsplan, der Richtschnur für unser Handeln ist. Denn dieser ist ein vertrauensbildendes Instrument zwischen Einwohnerschaft und Gemeinde. Denn er schafft Transparenz im Handeln und Gemeinderat und Verwaltung können sich daran messen lassen.

Dieser mit der Einwohnerschaft erarbeitete Plan ist aber keineswegs eine Schrankware, sondern lebt. Deshalb hat es sich mit dem damaligen Beschluss auch nicht erledigt, sondern bedarf der ständigen Überprüfung. Denn wenn sich Annahmen ändern, ist die Fortschreibung zwingend.

Schliesslich steht schon in der Bibel geschrieben. Prüfet alles, das Gute behaltet!

Der Klimawandel ist unbestritten. Er zu spüren. Selbst wer anderer Meinung ist, kommt nicht umhin, festzustellen, dass wir uns mit ungewöhnlichen Wettersituationen konfrontiert sehen, die alle zum Handeln zwingen.

Ist Eberdingen resilient, um grosser Hitze, längerer Trockenheit oder auch Starkregenereignissen zu trotzen?

Nein, aber wir tun was dagegen. Beim Hochwasserschutz kommen wir jetzt in die entscheidende Phase und wir hoffen, dass bei Allen das Verständnis da ist und der Grunderwerb durch den Verband gelingen wird.

Wir haben auch in den vergangenen Jahren erlebt, dass das Trinkwasser zu Spitzenzeiten knapp und dadurch wesentlich teurer wird. Wir haben darauf reagiert und einen weiteren Sekundenliter bei der Bodenseewasserversorgung eingekauft. Und wir haben ein Jahrhundertprojekt der Wasserversorgung im OT Eberdingen vor der Brust, das dieses Jahr begonnen wird und 2020 mit 2 Millionen finanziert ist. Gebaut werden die Quellanlage im Strudelbachtal, die Zulaufleitung in den Ort zum Bauhof, die Druckleitung zum Hochbehälter Blaichberg, die Ultrafiltrationsanlage und die Anbindung Mönchswiesen. Die damit einhergehende Thematik mit dem Freibad macht diese Baumassnahme sehr komplex.

Mit unserem grossen Wald und sauberen Bächen leisten wir seit Jahrhunderten einen grossen Beitrag zum Klimaschutz.

Wer meint, Hitze im Sommer mit der flächendeckenden Versorgung mit Klimaanlage zu begegnen, hat keine Antwort, solange der Strom aus Polen und Frankreich importiert wird. Darüber nachzudenken, welchen Beitrag Eberdingen leisten kann, die Welt besser zu machen, betrachte ich als lohnend. Eine Beteiligung an einem Windpark, dort wo die Windhöfigkeit stimmt, halte ich für nachdenkenswert. Im Übrigen ist dies weit rentierlicher als das Geld auf der Bank täglich schrumpfen zu lassen. Wir werden das dieses Jahr diskutieren.

Hohes Haus,

allen Schweiss der Edlen wert wäre es , noch mehr über die Nutzung regenerativer Energie nachzudenken. Nach Vorschlag der Verwaltung soll es zwei weitere E-Ladesäulen, eine in Eberdingen und eine in Nussdorf, jeweils in Nähe zu den Rathäusern geben. Diese HH-Ergänzung bringt die Verwaltung selbst ein, nachdem wir Zuschussanträge bei Leader gestellt haben.

Die Landessanierung Nussdorf wird dieses Jahr abgeschlossen. Sie war für zahlreiche private Eigentümer Ansporn das Gebäude energetisch in die Zukunft zu führen. Städtebaulicher Missstand wurde im sog. chemischen Gebiet und der Schulstrasse beseitigt. Die Gemeinde hat mit erheblichen Landesmitteln Ihre Gebäude auf Stand gebracht. Die Landessanierungsmassnahme Nussdorf ist ein Erfolg.

Gleiches wünschen wir uns in Hochdorf. Kommunal sind eingepreist die Modernisierung der Gemeindehalle (Sanitärbereich). Die Planungen für das Rathaus und vor allem die Pfarrgasse 10 werden Ende 2020 abgeschlossen und 2021 umgesetzt.

Auch die Bereiche Kitas und Schule sollen auskömmlich finanziert sein.

Die Restfinanzierung für den kompletten Küchen-und Sanitäranlagenumbau im Kindergarten Reischachstrasse ist im HH enthalten.

Die eingestellten 100.000 € für die Schulkindbetreuung reichen nicht aus. Hier muss nachfinanziert werden. Das Baugesuch läuft. Die Ausschreibung wird derzeit vorbereitet.

Eine erste Rate für den Digitalpakt Schule (MEP) ist mit 40.000 € vorgesehen. Für die Erneuerung der Aussenanlagen stehen 30.000 € bereit.

Die Haushalte 2020 (600.000€) und 2021 (270.000) finanzieren die Sanierung und die Erweiterung des Feuerwehrhauses Hochdorf, aber so hoffen wir auch das eine oder andere am Feuerwehrhaus Eberdingen, das ebenfalls ein Sanierungsfall ist.

Die Mittel für das Feuerwehrfahrzeug MLF für die Abt. Hochdorf , Digitalfunk, Rollwagen und laptop sind mit 404.000 € eingestellt.

Bei der Breitbandversorgung sind 100.000 € eingestellt sowie VE mit 300.000 € vorgesehen. Hier möchten wir im Verband forscher vorgehen und dort wo Fernwärme (Hdf) und eine kommunale Massnahme (Wasserleitungsbau) vorgesehen ist mit dem Verband Lehrrohre verlegen. Mit Herrn Kostic, LRA, sind wir im Gespräch.

Für den Feldwegebau und barrierefrei Haltestellen sind ca. 200.000 € vorgesehen.

Resumee zum Haushaltsentwurf:

Wir erreichen mit - 525.000 € das anvisierte Ziel nicht. Da wir Abschreibungen von fast 2,1 Mio. € haben, hätten wir nach alter Lesart des Haushalts eine positive Zuführungsrate von fast 1,6 Mio. €. Vor Freude würden wir die Hüte werfen.

Dennoch schlägt die Verwaltung selbst keine Steuererhöhungen, aber auch keine Senkungen vor. Wir möchten die Entwicklung noch abwarten und raten auch dem Gemeinderat dazu.

Bei der Grundsteuerreform fehlen seitens des Landes noch Vorgaben zur Umsetzung. Ein Megathema, vor allem für die Finanzämter, die das Personal nicht haben.

Unsere Schuldenfreiheit und liquiden Mittel lassen eine proaktive Kommunalpolitik zu.

Wir können alle Programme, die eine Eigenbeteiligung der Kommune vorsehen umsetzen und machen dies auch.

Deshalb, hohes Haus, gelingt trotz schwachem Ergebnishaushalt, die Quadratur des Kreises, weil wir weiter gestalten können.

Ich bedanke mich bei unserem Amtsleiter Hans Knöllner und seinen Mitarbeitern. Wir sehen den Haushaltsberatungen mit Freude und Interesse entgegen.